



Vorstandssprecher Beckmann, Jutta Dittfurth, Trampert: „Loyalität gilt nur für Inhalte, nicht für Personen“

## Grüne: „Man wählt das Abenteuer“

Vier Jahre parlamentarischer Existenz im Bundestag haben die Grünen salonfähig gemacht. Je schwächer die SPD erscheint, desto mehr gewinnt die junge Partei an Attraktivität – nach neuesten Umfragen bei elf

Prozent der Wähler. Der Popularitätsgewinn ist gekoppelt mit einem parteiinternen Burgfrieden. Vereint träumen Realpolitiker und Fundamentalisten von einer anderen grünen Republik: Freiheit und Sozialismus.

In der Bonner Colmantstraße 36, der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, klingelte am Abend ein Unbekannter an der Tür. Nur eine Aushilfskraft war noch im Büro. Der Mann stellte sich vor: „Ilja Richter“. Er wolle für die Grünen Wahlkampf machen. „Die glaubte, der verarscht sie“, schilderte Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde später die Szene mit dem seltsamen Besucher. Am nächsten Morgen wurde Walde klar, daß an einen Scherz nicht gedacht war.

Ilja Richter, Schauspieler, Parodist, TV-Entertainer und Songschreiber („Tip tap in die Tulpen“), gastierte gerade in Bonn. „Als Sohn eines Kommunisten, der im KZ gesessen hat“, erklärte er seinen Besuch bei den Grünen, habe er eingesehen, daß er sich aus der Politik nicht heraushalten könne und deshalb „mehr einbringen“ wolle.

Über mangelnden Zuspruch, aus künstlerischem und besonders aus dem subkulturellen Milieu, brauchen sich die Grünen nicht zu beklagen. Jetzt wirken sie mit beim „Winter-Zauber“, einem Festival, das in sieben Städten von Hamburg bis Freiburg inszeniert wird: zwanzig Musikgruppen und Solisten.

Rio Reiser und Ina Deter treten ebenso auf wie das Frauentheater „Blutrote Kamille“ und das holländische Willem Breuker Kollektief, eine Band aus Nicaragua und die türkische Sängerin Özay.

Der in der Schweiz verurteilte Sprayer von Zürich, Harald Naegeli, hat seine Mitarbeit angeboten. Lokalgrößen und Politstars (Grünenjargon: „Promis“) wie Joschka Fischer oder Thomas Ebermann, Otto Schily oder Antje Vollmer

dürfen nur ein paar Minuten von Politik reden. Der Rest ist Show.

Daß sie überhaupt einen ordinär-origi-nären Wahlkampf zuwege bringen, darüber staunen selbst die Organisatoren, denn tatsächlich werkeln in der Partei-zentrale pure Dilettanten vor, meist aber gegen sich hin. Aus der Provinz kamen ärgerliche Anfragen und Proteste: Wo bleiben die Plakate, die Slogans, die Argumente? Unterdessen fochten die Manager in der Colmantstraße ihre internen Kämpfe aus.

Fundamentalisten und Realpolitiker, die heftig zerstrittenen Flügelgruppen, suchten sich bei der Planung gegenseitig auszumanoüvrieren. Die 20köpfige Wahlkampfkommission wurde durch den von Fundis beherrschten Bundesvorstand aufgelöst; sie sei zu sehr auf labberigen Konsens bedacht.

Ein neues Nachfolgegremium aus sechs grünen Planern war von vornherein als bedeutungsloses Kränzchen angelegt. „Die Fundis im Vorstand wollten die Regie behalten“, so Antje Vollmer, eine aus dem Kränzchen. „Dort ist ihre letzte Bastion.“ Professionelle Werbefeldzüge wurden dort wirklich nicht entworfen. Vorrang hatten Personalqueren; und die fielen dann am verbissensten aus, wenn entschieden werden sollte, wer wann ins Fernsehen dürfe.

Da herrschte „Blocklogik“, klagte Lukas Beckmann, einer der drei Vorstandssprecher – meist wurden die Realos sechs zu fünf niedergestimmt. „Gegen Jutta hatte Otto deshalb keine Chance“, schilderte er das Auswahlssystem: Die Radikalekologin und Vorstandssprecherin Jutta Ditfurth darf drei Tage vor der Wahl in die sogenannte Elefantenrunde des Fernsehens, statt Schily.

„Der Wahlkampf ist ein absolutes Trauerspiel, es knirscht überall“, so Otto Schily. „Aber“, fügt er hinzu, „das macht der Partei nicht viel. Die Mobilisierung ist sehr groß.“

Der Realo-Häuptling und Hessens Umweltminister Fischer konnten bisweilen mehr als tausend Menschen auf die Beine bringen; Schily als Ankläger mit gepflegtem Pathos gegen die Regierung, Fischer als Amtsperson mit Schnodderschnauze und Schmuddellook.

Manch andere aber, sogar Promis, treffen oft im kleinsten Kreise nur auf Gleichgesinnte. Eigentlich hätte der Wahlkampf nach Waldes Wunsch von der „Kreativität vor Ort“ leben sollen, aber daraus wurde nicht viel.

Ein zugkräftiger Wahlslogan (außer dem farblosen „Farbe bekennen“) ist niemandem eingefallen, statt dessen werden Poster aus dem letzten Wahlkampf nachgedruckt: „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.“ Oder: „Tag für Tag stirbt ein Stück

Natur. Die Industrie macht Kasse.“ Es stimmt ja immer noch.

Gleichwohl sind die Grünen zwei Wochen vor der Wahl guter Dinge.

Vergiftete Flüsse und tödliche Atommeiler, Wahnsinn der Rüstung und Aufstand der Frauen: Sind die Themen der Grünen nicht die Zeichen der Zeit? „Wir sind erfolgreich“, glaubt Bundestagskandidat Hubert Kleinert, „weil wir auf einer Welle reiten.“

Nach schmerzlichen Niederlagen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, wo die Sozialdemokraten mit ihrer absoluten Mehrheit die Grünen unter fünf Prozent drücken konnten, waren vorübergehend Selbstzweifel aufgekommen. Und die plötzliche Hochstimmung nach dem Super-GAU im ukrainischen Tschernobyl verflieg nach dem ernüchternden Sieben-Prozent-Er-



Spray-Künstler Naegeli



Rock-Sängerin Ina Deter



Pop-Sänger Rio Reiser



Festival-Emblem

**Grünen-Helfer, Wahlsow-Plakat:** Nur ein paar Minuten Politik

gebnis der Wahlen in Niedersachsen schnell.

Inzwischen aber spüren die Mahner vom Dienst, die sich als Seismographen künftiger Katastrophen und gewandelter Werte begreifen, festeren Grund. Mit dem Fast-Acht-Prozent-Erfolg in Bayern, glaubt Lukas Beckmann, „sind Kulturschranken durchbrochen“. In Hamburg brachte eine reine Frauen-Wahlliste satte zehn Prozent. „Wir haben hier endgültig dementiert“, freut sich Fundamentalist Thomas Ebermann, „daß mit rebellischer Politik und reiner Lehre keine Wahlen zu gewinnen seien.“

Hat eine „Kir-Royal-Gesellschaft“, wie Kanzler Helmut Kohl meint, seltsame Sumpflüthen hervorgebracht? Sind es „wildgewordene Bürgeröhnchen“ – so SPD-

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz –, die den etablierten Parteien davonlaufen? leistet sich – so der Freidemokrat Burkhard Hirsch, eine „zweite Generation aus den Villenvierteln“ auf dem Wahlzettel alternative Ausstiegsträume, während andere „schlicht ihre Arbeit tun, in die Fabriken gehen, am Bruttosozialprodukt mitwirken“?

Tatsächlich rekrutiert sich die Wählerschaft der Grünen überwiegend aus dem sogenannten neuen Mittelstand. Fast jeder zweite hat Abitur oder ein Studium absolviert. Stark vertreten sind höhere Angestellte, Beamte und Frauen.

Jung- und Erstwähler wenden sich zwar seit einiger Zeit von Roten wie von Grünen ab und wählen wieder mehr schwarz. Aber die Jahrgänge bis Mitte Vierzig sind immer noch überdurchschnittlich anfällig für grüne Parolen.

der Erwerbsarbeit, das definieren „postmaterielle Werte“: Pluralität der Lebensformen, individuelle Freiheitsbedürfnisse, auch konservative Wünsche nach einer intakten Umwelt. Kulturelle Muster – Musikgeschmack, Kindererziehung, Lebensweise – spiegeln nicht mehr Sozialstatus, sondern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe.

Die Wünsche nach Lebensgenuß jenseits der Freuden, die die Erwerbsgesellschaft bereithält, haben im letzten Jahrzehnt gerade bei den Jüngeren rapide zugenommen. Solche Einstellungen kommen den Grünen zugute, obwohl zwischen der Partei und vielen Wählern noch immer eine große Kluft liegt. „Die wählen die Grünen“, sagt Ex-Revolutionär Daniel Cohn-Bendit, „trotz der Grünen.“

Müller will schon „die Weichen neu stellen“ – die CDU sei ohnehin „ökologisch weiter als die SPD“. Lothar Späth und Kurt Biedenkopf gelten als geistesverwandte Größen. „Die sind auf der Höhe der Probleme“, bescheinigt ihnen Kleinert.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler aber rückt die grünen Aussteiger nicht nur zu Wahlkampfzeiten lieber in die Nähe von Nazis und Kommunisten, dämonisiert sie als ökologische Ayatollas oder arbeitsscheues, terroristenfreundliches Gesindel. Der Verfassungsschutz läßt grüßen. Das Horrorszenario: Als Naturfreunde und Kernkraftgegner, Müsli-Esser und Pazifisten getarnt, unterwühlen Revolutionäre und Extremisten aller Art die Republik. Fast die Hälfte des Bundesvorstands und ein Drittel der bisherigen Bundestagsabgeordneten haben oder hatten nach CDU-Begriffen eine politisch schillernde Vergangenheit. Die grünen Wölfe im Schafspelz sind Feinde von Rechtsstaat, Freiheit und Demokratie, die vor Gewalt nicht zurückschrecken. Wachstum, Marktwirtschaft und die Nato, die Grundwerte der Bonner Republik, gelten nichts.

Natürlich sind solche Beschreibungen nicht aus der Luft gegriffen. Sprecher Rainer Trampert und Ebermann, beide

### *Hoffnung auf die Konkursmasse der SPD*

früher Mitglieder des Kommunistischen Bundes, haben in einem Buch den „Kampf für eine andere Gesellschaft“ angesagt, verstehen ihre Partei als „systemverändernde Kraft“.

Auf Parteitagten wurden zahllose Raus-aus- und Weg-mit-Beschlüsse gefaßt. Streichen, abschalten, abschaffen, aussteigen, stilllegen heißen die Parolen. Verfassungsschutz, Industriegesellschaft oder Abtreibungsparagraph, Nato, Kernkraftwerke oder Bundesgrenzschutz – alles Plunder der Vergangenheit, Ausgeburten eines falschen gesellschaftlichen Bewußtseins. Höhnte nicht Joschka Fischer über das „Kümmernis namens Gemeinsamkeit der Demokraten“?

Also doch der grüne Traum von einer anderen Republik? Die soll wohl schon sein. Nur, wie sie aussieht, das scheint Geißler besser zu wissen als die Grünen.

Die erste Neugründung, die nach langen Jahren des Dreiparteien-Systems in Bonn den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffte, ist ein Sammelsurium von Widersprüchlichkeiten geblieben. Stets vom Zerfall bedroht, hat sie doch immer wieder ihre Überlebensfähigkeit bewiesen.

Ein erstaunliches Phänomen: Sie hat „keine Heiligen Schriften“ (Offe) und keine unangefochtenen Führer, und doch bindet sie eine solide Klientel: alle,



**Wahlkämpfer Antje Vollmer, Schilly\*: „Absolutes Trauerspiel“**

Nach der letzten Umfrage des SPIEGEL (52/1986) wurden 22 Prozent aus der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren am 25. Januar die Grünen und 38 Prozent die SPD wählen – also eine satte rot-grüne Mehrheit.

Der Bielefelder Soziologe Claus Offe hat die Abkehr von den Altparteien auf die Formel vom „sanften Tod des Stammkunden“ gebracht: Die Lager- und Milieuzugehörigkeiten haben sich in den letzten zehn Jahren gelockert. Die Sozialdemokraten können sich zumal der jüngeren Arbeiter nicht mehr sicher sein, CDU und FDP nicht mehr umstandslos auf Frauen, Mittelstand und Selbständige rechnen.

Zu welchem politischen Lager jemand gehört, das bestimmt nicht mehr die Art

Der alternative Wähler engagiert sich gerne punktuell, geht zwischendurch mal demonstrieren oder gründet(e) sogar eine Bürgerinitiative. Aber die Identität von Politik und Leben, der moralische Rigorismus, die aufreibenden grünen Diskussionen, die Zustimmung zu allumfassenden Patentrezepten, zum gesamten Knackpunkte-Katalog, Reformkost oder Kaffeepflückerfahrt nach Nicaragua sind nicht unbedingt seine Sache.

Mit dem Ende der traditionellen Arbeiterbewegung scheint vielen Grünen die Sozialdemokratie passé. Der Bundestagsabgeordnete Jo Müller konstatiert einen „Zerfall der SPD“; aus der Konkursmasse könnten sich die Grünen jetzt bedienen. „NRW und Saarland“, glaubt er zu wissen, „waren die letzten Siege einer veralteten Kultur.“

\* Mit Wolf Biermann (l.) in Neuss.



**Umweltminister Fischer**

Nach der Wahl ist die Schonzeit vorbei

die sich nicht repräsentiert fühlen im System der Altparteien.

Den nüchternen Aufklärern und den romantischen Seelen, den Umstürzern und den Mitläufern aus der Schickimicki-Society, den Körnerfressern und den Umwelt-Liebhabern ist eines gemeinsam: Sie stimmen für die Grünen aus Protest gegen Halbheiten, Unzulänglichkeiten und Inkompetenzen der Herrschenden, gegen Versteinerungen und die Ausgrenzung derer, die ein anderes Lebensgefühl haben.

Die Moden oder Besorgtheiten wechseln mit den jeweils neuesten Problemen, mit den gratis gelieferten Katastrophen, den jeweiligen Plänen der Regierung – und ihren Skandalen, die mobilisierend wirken: Flick, Séveso, Nachrüstung, Waldsterben, Tschernobyl, Rhein-Verseuchung.

Oft obsiegen die Emotionen über die politischen Analysen. Aber Gefühle und Ängste sind ja keineswegs verpönt; sie schärfen die Wahrnehmung, gemäß dem

### **Die Zukunft als „Müllhalde der Gegenwart“**

jüdischen Sprichwort, durch eine Träne sei mehr zu sehen als durchs Teleskop. Noch so diffuse Ängste und Ahnungen mögen tatsächlich oft klarer scheinen als jede Regierungserklärung.

Dabei hat die grüne Partei ihren Geburtsfehler noch nicht verarbeitet. Sie entstand aus einem Sammelsurium von Bürgerinitiativen, die den außerparlamentarischen Widerstand probten. Der Wechsel von der Straße in den Plenarsaal, gar in die Regierung ist selbst grünen Parlamentariern, erst recht dem hessischen Unikum Joschka Fischer, Umweltminister in einer rot-grünen Koalition, suspekt geblieben; für Rigoristen aus den eigenen Reihen bleibt Fischer ein Verräter.

Politik als Beruf anzunehmen, Politik als Kunst der Anpassung, der Kompromisse, der Hinnahme von Sachzwängen zu begreifen, ist den meisten als Zustimmung zuwider; sie fühlen sich ja nicht schuld an den Zuständen, die sie beklagen. Und das schizophrene Hin und Her zwischen Rebellion und Regieren ist für sie nur schwer zu ertragen. Die großen Worte, radikalen Forderungen, die Tabula-rasa-Rhetorik erscheinen als letzte Widerstandsakte auf dem Weg in die praktische Politik, eine Art Selbstschutz auch gegen die Vereinnahmung.

Eigentlich sind die Raus-aus- und Weg-mit-Beschlüsse, so analysiert es der Politik-Professor Andrej Steven Markovits, als „emotionale Richtungsanzeiger für Massendemonstrationen“ gedacht, nicht aber als politisch gangbare Wege. Immerhin: Sie sollen auch bei denen, die es noch nicht gemerkt haben, das nötige Krisenbewußtsein wecken. Die lärmende Aufregung, die das radikale Vokabular regelmäßig verursacht, hat auch ihr Gutes: Sie verschafft den politischen Außenseitern immer wieder gehörige Aufmerksamkeit.

So sind die Grünen zu Spezialisten im Entdecken und Auswerten gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und politischer Mißstände geworden. Sie stellen, oft mit profundem Sachverstand, die Selbstverständlichkeiten der regierungsamtlichen Experten in Frage, verderben allen So-wie-er-Machern gründlich das Konzept.

Denn das „Zukunft“-Geschwafel der Konkurrenz – „für alle“ bei der SPD, „durch Leistung“ bei der FDP, „statt Rot-Grün“ bei den Christdemokraten – dient der Beruhigung. Statt solcher Placebos haben die Grünen nur Bedrohungen, Warnungen und düstere Perspek-



**Hamburger Frauen-Fraktion**

Reine Lehre und rebellische Politik

tiven zu bieten. Wie Bußprediger ziehen sie durch die Lande und rufen zur Umkehr auf, bevor die Apokalypse naht. Die Zukunft, wie die Grünen sie malen, erscheint – so der Bremer Professor Ulrich K. Preuss – als „Müllhalde der Gegenwart“.

Das herkömmliche Denken des Immer-Mehr, Immer-Besser und Immer-Weiter hatte Anfang der 70er Jahre der Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums in Frage gestellt. Bis heute scheiden sich Geister und Politiker an der Notwendigkeit, ob und wie wünschenswert es sei, die alte Wachstumsgesellschaft zu erhalten oder aber von der Natur gesetzte Schranken zu respektieren, dann aber mit Folgen fürs materielle Wohlergehen.

Fortschrittskritiker machten schon in den 50er Jahren auf Umweltsünden und Ressourcen-Zerstörung aufmerksam, aber kaum einer der Politiker fühlte sich angesprochen. Fast alle feierten damals die Kernenergie als „ewiges Feuer“, die tödlichen Strahlen wurden zum Restrisiko verniedlicht.

Inzwischen hat Hans Jonas mit seiner „Ethik der Zukunftsverantwortung für die technologische Zivilisation“ ein Stück grüner Philosophie entwickelt. Die Zukunft, klagt er, sei „in keinem Gremium vertreten“; „das Nichtexistente hat keine Lobby, und die Ungeborenen sind machtlos“. Deshalb sei die Furcht, „die in besseren Kreisen in einem

gewissen moralischen und psychologischen Verruf steht, heute nötiger als zu manchen anderen Zeiten“.

Ganz in diesem Sinne verstehen sich die Grünen als eine Fünf-vor-zwölf-Partei. Nach ihrer Analyse bedroht der Fortschritt Leben und künftige Generationen („No future“) mit seinen irreversiblen Risiken: Radioaktivität des Super-GAU, Raubbau an natürlichen Lebensgrundlagen bis hin zum möglichen Atomkrieg.

Einzelne Sozialdemokraten hatten die gefährliche Entwicklung erkannt. „Ende oder Wende“ heißt ein vor einem Jahrzehnt erschienenes Buch über die „Machbarkeit des Notwendigen“. Autor Erhard Eppler, SPD-Präsident, beschrieb die „erschreckenden Lücken zwischen dem alltäglichen Geschäft des Politikers und den Analysen, Prognosen und Forderungen der Wissenschaft“, mithin das Grundthema grüner Politik. Vergeblich mahnte Eppler seine Partei, zu „begreifen, daß wir an einem historischen Wendepunkt stehen“, unter einem „Zeitdruck, wie ihn die Menschheit noch nicht gekannt hat“. Er beklagte die Beschränktheit des Politikers, der „nur Themen aufgreift, die mehrheitsfähig sind“. Doch der damalige Kanzler Helmut Schmidt, der sich als Macher des Möglichen, nicht des Notwendigen, sah, reagierte rigoros nach der Regel: Von Problemen, die sich nicht lösen lassen, will ich nichts wissen. Der unzeitgemäße Kritiker wurde als lästiger Mahner aus dem Kabinett und sogar an den Rand der Partei gedrängt.

So wurde Schmidt zum Mitbegründer der Grünen. „In den späten 70er Jahren“, erklärte SPD-Wahlkampfmanager Peter Glotz in einem SPIEGEL-Gespräch, „wäre es denkbar gewesen, die Entstehung der Grünen zu vermeiden, durch eine konsequentere ökologische Orientierung der Politik.“

Viele Sozialdemokraten bedrückt es, daß auch ihr Kanzlerkandidat Johannes Rau nur die Sorge um die Arbeitsplätze als Bedrohung der Zukunft begreift. Die Ängste der Grünen kann er einfach nicht teilen, deshalb hat er seiner Partei die Kontaktsperre verordnet – Schmidts Beschränktheit wirkt fort.

Und sie ist weiter verbreitet, als die Grünen geglaubt haben. Sie mußten lernen, daß selbst Katastrophen, die ihre Prognose bestätigen, keineswegs die „Apokalypse-Blindheit“ beseitigen, die der Philosoph Günther Anders diagnostizierte.

Nach dem Super-GAU in Tschernobyl glaubten sie, endlich sei ihre Zeit gekommen. Unversehens war die Katastrophe keine statistische Größe mehr, sondern – wie prognostiziert – Realität geworden.



**Protestthema Wiederaufarbeitung\*:** Verharmlost, verleugnet, harmonisiert

Aber – die Erfahrung wirkte auf die Grünen wie ein Schock – die radioaktiven Wolken über der Bundesrepublik verdüsterten nur vorübergehend die Gemüter. Gerade sieben Wochen waren Salat, Milch und Sandkästen radioaktiv verseucht, da stimmten die Wähler in Niedersachsen so, als sei nichts gewesen: Die Grünen erhielten ganze 0,6 Prozent mehr als vier Jahre zuvor.

Hatte die „Angst vor der Angst“ (Anders) die Menschen schnell wieder in die gewohnten scheinbaren Sicherheiten des Alltags zurückgetrieben? Vielleicht, weil Ohnmacht nur schwer auszuhalten ist?

Ohnmacht schaffe ein Bedürfnis nach Gutgläubigkeit, versucht der Bremer Psychologieprofessor Thomas Leithäuser das Phänomen zu fassen. Nach Katastrophen, so Leithäuser, möchte „das Alltagsbewußtsein“, das „eher konservativ organisiert ist“, den alten Zustand schnell wiederherstellen. Deshalb werde verharmlost, verleugnet, harmonisiert.

### „Die inneren Widersprüche liegen offen“

„Unter einem solchen Schirm psychologischer Abwehr erscheint dann die Politik gesellschaftlicher Veränderungen und ökonomischer Umgestaltung der Lebensverhältnisse als Panikmache und das panische Festhalten am Status quo als Vernunft.“

In dieser Lage wurde der neuernannte Umweltminister Walter Wallmann zum Mann der Stunde. Er versprach, „die

Ängste ernst zu nehmen“ und alles zu tun, „daß diese Verunsicherung des Bürgers nicht mehr eintritt“. Wie ein Schamane, ein Seelenarzt der Naturvölker, spottet der Kasseler Professor Hans Füchtner, suchte Wallmann alle Ängste zu zerstreuen, den Menschen Hoffnung einzuflößen und inneren Frieden zu schenken. Füchtner: „Der Staat als Psychotherapeut.“

Die Grünen beließen es nicht beim Lamento über den „Umweltscharlatan“ (Schily). Niedersachsen wurde zum „strategischen Punkt“ (Fischer) im innerparteilichen Machtkampf: Es gab eine Wende im „Bandenkrieg“ (so Otto Kallscheuer, Herausgeber eines Grünen-Buches). In beiden Lagern der Grünen wuchs die Einsicht, daß sie nur gemeinsam, als eine buntscheckige Truppe eben, überlebensfähig sind.

Die Fundis hatten kurz vor der Niedersachsen-Wahl auf dem Parteitag in Hannover einige radikale Programme beschlossen, in der falschen Annahme, so Schily ärgerlich, sie könnten „nach Tschernobyl die Nutzlast erhöhen“. So, schimpften die Realos, hätten die Fundis den möglichen Machtwechsel vermasselt. Das vorläufige Ende des Traums von der rot-grünen Mehrheit in Hannover hatte Folgen: „Der Ausstieg aus der Kernenergie“, klagte Fischer, „ist jetzt in weite Ferne gerückt.“

Der Grundkonflikt herrscht seit Jahren zwischen den beiden Lagern: Realos streben nur die einigermaßen erreichbaren Ziele an, scheuen weder Koalitionen noch Kompromisse. Der von den Etablierten erhobene Vorwurf, zu politischem Handeln unfähig zu sein, hat

\* Frauen-Demonstration in Wackersdorf.

sie getroffen. Sie haben sich auf Distanz zur außerparlamentarischen Bewegung gebeugt und sind bereit, den Preis zu zahlen: Verlust der Radikalität.

Der richtige Fundi aber hält schon den Einzug in ein Parlament für problematisch, jede Annäherung an Sozialdemokraten ist geradezu ein Weg in die Irre. Die eigentliche politische Bühne sind die Wiesen rund um Atomkraftwerke und die Zufahrten zu Raketenbasen. Dort können die Fundis besser, meint der Soziologe Offe, „den Schnitt vollziehen zwischen sich und der schlechten Welt und die Reinheit des nichtkompromittierten Denkens genießen“.

Aber nach jahrelanger gemeinsamer Arbeit in den Parlamenten, nach wechselnden Siegen und Niederlagen auf Parteitagen oder bei Wahlen weichen die Fronten langsam auf. Realos träumen

Radikalökologin Ditfurth: „Mit beiden Perspektiven kann die Partei leben.“ Koalo-Schily andererseits gibt großmütig zu verstehen, radikale Utopien sollte die Partei nicht aus den Augen verlieren: „Das trägt zur Belebung bei.“

Aus der Not ist ein „fauler Frieden“ (Offe) entstanden. Schily und Fischer sind so wenig mehrheitsfähig wie Ebermann und Trampert. Schon aus Prinzip stimmten die Delegierten die Anträge der Flügelmänner bei ihrem letzten Treffen in Nürnberg nieder. Die Partei besteht auf Pluralismus. Eine alleinseligmachende Wahrheit läßt sie nicht gelten. Auch wenn's ihm nicht paßt, ins „Hohelied der Pluralität“ stimmt sogar Ebermann ein.

Einigermmaßen friedlich leben die Grünen auch, trotz allen Ärgers, mit ihren verschiedenen, sich gegenseitig bekrie-



**Protestthema Nachrüstung\***: Entscheidet in Existenzfragen die Minderheit?

zwar immer mal wieder von einem grünen Godesberg: Fischer möchte wohl zu gerne seiner Partei alle sozialistischen Heilserwartungen austreiben. Fundis wünschen zwar nichts dringlicher als das Scheitern ihres regierenden Parteifreundes in Hessen. „Loyalität“, sagt Jutta Ditfurth, „gilt nur für Inhalte, nicht für Personen.“

Doch zwei Dinge entschärfen den Konflikt: die Gewißheit, daß die Grünen trotz oder wegen der verschiedensten politischen Schattierungen und Moral-Botschaften beim Wähler ankommen, und die Tatsache, daß ein rot-grünes Ärgernis derzeit in Bonn in einige Ferne gerückt ist.

Ökosozialist Ebermann verkündet daher gelassen, die Grünen sollten „ihre Ambivalenz durchhalten“. Ähnlich die

\* Petra Kelly bei einer Sitzblockade im geplanten Cruise-Missiles-Standort Hasselbach.

genden Machtzentren. Der Bundesvorstand, Bastion der Fundamentalisten, fühlt sich von Amts wegen als Aufpasser vor allem des hessischen Umweltministers. In seinen Verlautbarungen sucht er möglichst die reine Lehre wachzuhalten. Er versteht sich als eine Art institutionelle Mahnwache. Die Partei will er vor der Korruption durch die Macht bewahren.

Die Bundestagsfraktion, eine weitere politische Einfluß-Filiale, hatte nur ein einziges Erfolgserlebnis: Auf ihren Antrag wurde die Einfuhr von Meeres-Schildkröten verboten. Aber die Abgeordneten machten immer wieder von sich reden. Sie beschäftigten die Öffentlichkeit zwar oft nur mit ihren eigenen Problemen, die aber waren meist auch von gesellschaftlicher oder politischer Bedeutung. Mit langen Anfragen und oft kurzweiligen Aktuellen Stunden zwan-



**Protestthema Rheinverseuchung**  
„Tag für Tag stirbt ein Stück Natur“

gen sie die Regierung zu unbequemen Antworten über Antisemitismus, Folgekosten des Autoverkehrs oder ein ökologisches Entgiftungsprogramm.

Auch hier aber gab es immer wieder Ärger zwischen den Flügeln. Hinzu kam die Selbstgefälligkeit der Prominenten. Die Machtkämpfe der „aufgeblasenen Kugelfische“ (Fraktionssprecherin Annemarie Borgmann) arteten in Psychokriege aus. Ein Aufstand der Frauen endete mit ihrer Machtübernahme im Vorstand.

Einer wurde, nachdem er bereits aus dem Parlament wegrotiert war, zum größten Ärgernis der Partei – und zugleich zu ihrer Attraktion. Seine Bewunderer stöhnen, daß er sich „wie eine Sau benimmt“ (Fraktionsmitarbeiter Udo Knapp), und höhnen, er rede von sich selber schon „in der dritten Person“ (Ex-MdB Jürgen Reents). Selbst seine Gegner rühmen freilich seine „rhetorische Souveränität“ (Ebermann).

Aber Joschka, wie ihn alle nennen, „steckt“, so Freund Hubert Kleinert, „mittendrin im Dilemma: Die inneren Widersprüche liegen offen“.

Spätestens seit der hessische Umweltminister nicht mehr weiß, wohin er den Müll, im Einklang mit grünen Überzeugungen, schaffen soll, triumphieren seine Gegner, und seine Freunde setzen mitleidige Mienen auf. „Er gilt als warnendes Beispiel, daß die SPD die Grünen nur über den Tisch zieht“, schildert Antje Vollmer die Stimmung, „denn er hat kein vorzeigbares Ergebnis.“

Der Parteitag in Hannover hatte ihm den Auftrag erteilt, bis Ende des letzten Jahres konkrete Schritte zur Stilllegung



Philosoph Anders



Philosoph Jonas



SPD-Theoretiker Eppler

des Atomkraftwerks Biblis einzuleiten – nichts geschah. Auch die Atomfabriken Nukem und Alkem arbeiten weiter – trotz eines Gutachtens, das den rechtswidrigen Betrieb bestätigt. Nach der Bundestagswahl, damit muß Fischer rechnen, ist seine Schonzeit vorbei.

Der grüne Minister habe sich schon „zu sehr das Gefühlsleben der Sozialdemokraten zu Herzen genommen“, rügt Antje Vollmer, „die Atomfabriken hätte er jedenfalls stilllegen müssen“. Ebermann lastet dem Umweltminister die Vergiftung des Rheins durch Hoechst an: „Auch das Weiterexistieren der chemischen Produktion in Hessen hat er zu verantworten.“ Jutta Ditfurth fühlt sich bestätigt, daß „Posten immer auf Kosten von Inhalten gehen. Er mußte scheitern, das hätte er begreifen müssen“.

Aber das hat Fischer noch nicht begriffen, nur wehleidig ist er geworden. „Die Sachzwänge“, jammert er, hätten ihn „erschlagen“. Er brauche Lösungen statt Parolen. Die Kritik hält er für „Scheinradikalität“, dahinter stecken nur die „alten linken Muster vom bösen Unternehmer“. Seine Gegner versucht er einzuschüchtern: „Das ist der Weg zurück ins Getto.“

Dorthin, das ist die Schwäche jeder fundamentalistischen Argumentation, möchte keiner gerne zurück. Am Wahlerfolg müssen sich, wohl oder übel, alle messen lassen. Radikale Theorien aber haben derzeit keine rechte Konjunktur.

Es herrscht Ratlosigkeit. Auch die grünen Theoretiker haben bemerkt, daß der Marxismus nicht mehr reicht, um eine komplexer gewordene Wirklichkeit zu erklären. „Die Welt ist nicht mehr zu fassen in Globalformeln“, meint Soziologe Offe, „die Grünen sind auf dem Stand der Zeit.“

Für Sozialist Ebermann ist es schmerzlich, „daß die Lust an der theoretischen Debatte schwächer geworden ist“. Die Realpolitiker aber haben sich dankbar Jürgen Habermas' Begriff von der „neu-



Soziologe Offe

#### Fortschritts-Kritiker

„Die Ungeborenen sind machtlos“

en Unübersichtlichkeit“ zu eigen gemacht. Vor dem „begrifflosen Agieren“ (Kleinert) brauchen sie also keine Scheu zu haben. Denn der Zeitgeist wünscht eher Experimente als Programme.

„Wirklich revolutionär“ fände Cohn-Bendit ein Programm, in dem öfter der Satz steht: „Da wissen wir nicht weiter.“ Schily freut sich, daß „die alten Mythen von der Arbeiterklasse und vom Fortschritt passé sind. Wir müssen ein neues Stück Papier nehmen“.

Aber auf dem neuen Blatt ist noch nicht viel erkennbar, außer den alten Mustern: Freiheit und Sozialismus in den verschiedensten Versionen. Am Grünen-Basar kann sich jeder nach seinen Bedürfnissen eindecken.

Wer klare Konturen sucht, wird sich verwirrt abwenden, muß sich allerdings

sagen lassen, er sei nicht auf der Höhe der Zeit. Denn auch die Unvereinbarkeiten sind historisch notwendig, meint Lukas Beckmann: „Eine geistige Krise produziert immer Widersprüchlichkeiten.“

Die zahlreichen radikalen Modelle sind im Grünen-Sortiment unter dem Namen „Bekenntnis“ oder auch „Identitätsbeschlüsse“ zu finden. Wer aber nur den lauen Aufguß wünscht, wird gleichfalls fündig: Unter dem Begriff „Zeitachse für die Umsetzung“ (Vorstandsmitglied Helmut Wiesenthal) könnten alle Lösungen beliebig lange hinausgeschoben werden, bis sie „sozial-verträglich“ (Cohn-Bendit) sind. Das Sofortprogramm und die Langzeitperspektive, für jeden etwas.

Freiheit ist in zweierlei Form zu haben, nur für die Rechtgläubigen oder auch für die Andersdenkenden.

Gegen den Atomstaaß protestieren sie alle. Aber wenn Ex-MdB Milan Horacek für Solidarność demonstriert, hält Ebermann solche außenpolitischen Ideen geradezu für „eine Katastrophe“. Die polnische Gewerkschaft gilt manchem als CIA-unterwandert. Sponti Cohn-Bendit war „empört“, als ein Vertreter Nicaraguas für Meinungsfreiheit in seinem Land plädierte, aber „nicht, wenn sie schädlich ist“. Die meisten Grünen hingegen klatschten Beifall.

Das Verhältnis zur Gewalt ist auch so ein vieldeutiger Fall. Im Programm hat sich die Partei auf Gewaltfreiheit verpflichtet. Aber wer sich nicht daran hält, braucht den Ausschluß nicht zu fürchten.

So fängt für Jutta Ditfurth Gewalt erst „bei der Verletzung von Menschen“ an. Ebermann belustigt sich über das ganze Problem: In der Hamburger Fraktion der Grün-Alternativen Liste (GAL) „haben sechs ein geklärtes Verhältnis zur Gewalt und acht ein ungeklärtes. Von den sechsen drei so und drei so“. Er bekennt sich gerne zum „ruinierten Ruf“. Schily stöhnt über „das alte Schlingensiefel“.

Die großen Zukunftsentwürfe für die ökologische Gesellschaft basieren, mit dem Neo-Etikett versehen, auf konservativen, liberalen und marxistischen Modellen. Das grüne Umbauprogramm skizziert eine dem Rätssystem verpflichtete Demokratie. Unter dem Rubrum Abschied von der Arbeitsgesellschaft wird ein Grundeinkommen für alle garantiert. Auch Vergesellschaftungs- und Umverteilungskonzepte sind weiter im Umlauf.

In der Analyse sind sich die meisten einig: Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit und des von der CDU-Regierung fortgeschriebenen Sozialabbaus verbietet sich die schlichte Forderung, ökologisch schädliche Industrien kurzerhand dichtzumachen.

Wie also läßt sich sozial mit ökologisch verbinden? Das Sozialstaatsmodell der SPD ist aus grüner Sicht auch keine richtige Alternative: Es ist an Wirtschaftswachstum und damit an die Fortschreibung friedenspolitisch oder ökologisch unerwünschter Produktion gebunden. Das Umbauprogramm empfiehlt – nach Maßgabe von Produzentenräten – die Umstellung der Industrieproduktion, zum Beispiel von Rüstungsgütern auf Fahrräder oder auf hochmoderne Erzeuger alternativer Energien.

Die Rahmenbedingungen soll der Staat liefern, und zwar sofort: durch Auflagen, Ge- und Verbote sowie Abgaben. Die „basisdemokratische Wirt-

### Garantiertes Grundeinkommen für Jedermann und Jedefrau

schaftsordnung“ aber, so das Umbauprogramm, könne sich „nur von unten her entwickeln“, aus den Belegschafts- und Bürgerinitiativen, aus Eltern- und Verbraucherräten.

Doch selbst Kritiker aus den eigenen Reihen mäkeln über den immensen Regelungskatalog. Zwischen Konsumentenrat, Produzentenrat, Nachbarschaftsrat und anderen Organen der Selbstverwaltung könnte sich die Lebenslust des Bürgers schnell verflüchtigen.

Sogenannte Ökolibertäre und grüne Freigeister suchen eine weniger aufreibende Lösung für die Quadratur des Kreises, die da heißt: wenig Staat, viel Privatinitiative, ökologische Verträglichkeit und soziale Solidarität. Eingefallen ist ihnen das garantierte Grundeinkommen für Jedermann und Jedefrau von 1200 Mark im Monat, propagiert als ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum.

Nach den Vorstellungen der Sozialökologen sichert ein Grundeinkommen jenen den Lebensunterhalt, die zum Arbeitsmarkt keinen Zugang mehr haben, den Arbeitslosen, aber auch denen, die sich gesellschaftlich nützlich machen, indem sie Hausarbeit leisten, Kinder erziehen oder Kranke versorgen.

Alt-Sponti Fischer sieht mit dem Grundeinkommen eine „alimentierte Gesellschaft“ heraufziehen, er bevorzugt die „pluralen Lebensweisen“.

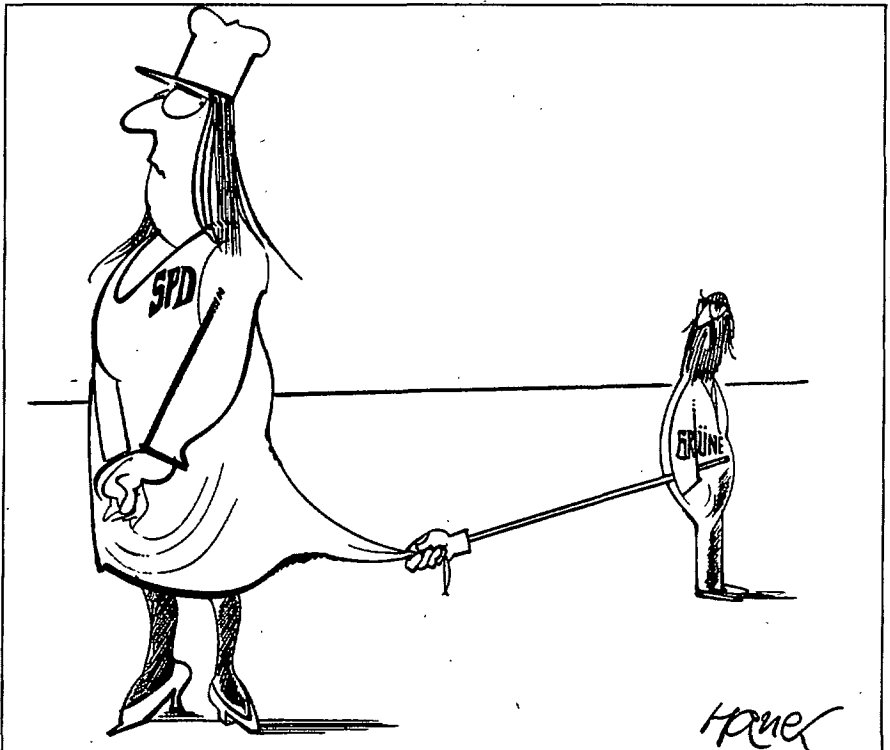
Die Befürworter erhoffen sich genau dies: ein munteres Ein- und Aussteigen, allseits entwickelte Individuen, die vom Arbeitsplatz in den häuslichen Bereich oder zum biodynamischen Gartenbau wechseln. Und nicht zuletzt erwarten sie eine gigantische Umverteilung der Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern. Das garantierte Grundeinkommen soll die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau abschaffen.

Die „politische Partei neuen Typs“, als die sich die Grünen in ihrem Wahlprogramm erkannt haben, ist aber nicht

lich besseren Minderheit zum Durchbruch verhelfen.

Der Begriff der Basis ist schillernd. Zunächst war damit das Standbein der Partei gemeint, die sozialen Bewegungen gegen die Atomenergie oder für den Frieden, die lokalen Bürgerinitiativen. Mit dem Einzug der Basis-Aktivisten ins Parlament und mit dem Niedergang solcher Bewegungen weichte dann der Begriff langsam auf.

Im Flügelkampf zwischen Fundis und Realos entwickelte sich die Basis zum beliebig herangezogenen Bezugspunkt der Funktionäre. Mal ging es um die Basis der Bewegung, mal um die der Mitglieder, der Wähler oder gar aller möglichen Betroffenen. „Ich stehe hier“, so der berühmte Spruch eines



Frankfurter Allgemeine Zeitung

nur „ökologisch, sozial und gewaltfrei“, sondern auch „basisdemokratisch“. Gegen jede Art von Hierarchien und Strukturen setzt sie den herrschaftsfreien Diskurs gleichberechtigter Bürger – in der Theorie.

Aber von Demokratie und Basis haben die Grünen eigene Vorstellungen entwickelt. Konventionelle durch Wahlen entstandene Mehrheit wollen sie nur gelten lassen, wenn sie den – wie auch immer feststellbaren – Mehrheitswillen der Bevölkerung spiegeln.

So fehlt ihrer Meinung nach der Stationierung von Raketen die Legitimation. „Gerade wenn es um Existenzfragen geht“, sagt selbst der gar nicht so radikale Schily, habe vielleicht sogar eine „qualitative Minderheit ein stärkeres Gewicht als die quantitative Mehrheit“. Ein Volksentscheid soll der ange-

grünen Abgeordneten in Baden-Württemberg, „als Vertreter der Kröten im Landtag.“

Vor allem aber ging es darum, daß keiner der Funktionäre, der Promis und Machtpolitiker, abhob, sich zu weit von der Basis entfernte – sogleich wurde er ins Glied zurückgepiffen. Für Individuen, die ein eigenes Profil entwickelten, die sich vom ideellen Gesamt-Grünen allzusehr unterschieden, sollte in der Partei kein Platz sein.

Das Ergebnis: Hickhack und eine gewisse Verlogenheit. Denn gerade im Wahlkampf wird die Partei-Prominenz „instrumentell genutzt“, wie Jürgen Reents findet.

Einige garantieren immerhin volle Sätze. Die Prominenten der ersten Stunde, Schily, Kleinert, Antje Vollmer, Christa Nickels und Waltraud Schoppe, werden in der neuen Bundestagsfraktion der

Grünen wieder vertreten sein. Die Basis hat es so gewollt.

Kein Gremium hat letzte Autorität, nicht irgendein Vorstand, nicht mal die sogenannte Basis. Die Bundestagsfraktion wählte sich, nach einigen unangenehmen Erfahrungen mit machtbewußten Figuren wie Fischer, ihre Spitze lieber nach dem Motto: Keine Macht für niemand.

Der Bundesvorstand hat keinen entscheidenden Einfluß. Eine „Ideenwerkstatt“ sollte er nach Cohn-Bendits Vorstellungen bestenfalls sein. „Statt dessen“, spottet er, „kümmern die sich darum, wer welchen Bleistiftanspitzer und wie viele Aktenordner kaufen darf.“

Bei allem Widerwillen gegen das Geordnete und das Übliche, die Zeit der Dilettanten läuft ab, auch die Grünen

werden zu Berufspolitikern. Geräuschlos werden hehre Prinzipien verabschiedet, weil sie nicht funktionieren.

Aber die Lust am Experiment bringt immer noch kleine Revolutionen hervor. Schon das Bonner Feminat, der reine Frauenvorstand, war ein origineller Coup. Und zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus gibt es im elften Deutschen Bundestag eine Fraktion, in der mehr Frauen als Männer vertreten sind. Der Nürnberger Parteitag verabschiedete zudem ein Frauenstatut, das eine Minderheit radikal gegen Mehrheiten schützt.

Diesem Statut zufolge genügt bei allen Fragen, von denen Frauen „besonders betroffen“ sind, der Einspruch einer Frau, und es kommt zu einem gesonderten Votum der weiblichen Mitglieder. Entscheiden die Frauen mit Mehrheit

gegen einen von der Gesamtheit getroffenen Beschluß, wird die Angelegenheit zur neuerlichen Beratung an die Basis zurückverwiesen.

Paradox: Die neuen Fraktionsverhältnisse in Bonn und Hamburg machen das Statut überflüssig. Ginge es wirklich um Minderheitenschutz, müßte ein neues Statut her – für die Männer. Die grünen Männer aber sind zum Geschlechterkampf nicht aufgelegt. Ohne ihre Stimmen hätten die Frauen weder ihre Listen noch ihr Statut durchpacken können.

Für weitere Überraschungen sind die Grünen allemal gut. Zurück ins Getto? Oder auf dem Weg zur grünen FDP? Als Mehrheitsbeschaffer für die SPD? Oder gar für die CDU?

Joschka Fischer: „Man wählt das Abenteuer.“

## „Man bekämpft sich bis aufs Messer“

SPIEGEL-Streitgespräch zwischen dem grünen Fundi Thomas Ebermann und dem grünen Realo Hubert Kleinert



Ebermann, Kleinert beim Streitgespräch\*: „Die Grünen leben von der Pluralität“

### Thomas Ebermann und Hubert Kleinert

werden aller Voraussicht nach als Mitglieder der Grünen-Fraktion in den nächsten Deutschen Bundestag einziehen. Ebermann, Hamburger Arbeitersohn des Jahrgangs 1951, gehört zu den prominenten Wortführern des Fundamentalisten-Flügels seiner Partei. Das ehemalige Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war früher Erziehungshelfer und dann sieben Jahre lang Industriearbeiter. Der Pferdebesitzer und Trabrenn-Fan gehörte bis 1979 als führendes Mitglied

zum Kommunistischen Bund (KB). Sein innerparteilicher Widerpart Hubert Kleinert, 32, wegtrotierter Bundestagsabgeordneter aus Marburg, vertritt die Positionen der Realpolitiker seiner Partei. Dazu zählt auch die Bereitschaft, ein Bündnis mit der SPD einzugehen. Kleinert hat Politik, Germanistik und Geschichte studiert. Das ehemalige SPD-Mitglied, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Marburg, engagiert sich besonders in der Wirtschaftspolitik.

SPIEGEL: Herr Ebermann, in einer Broschüre der CDU/CSU steht über Sie: Deckname Thomas Langer, Mitglied einer (kommunistischen) Gruppe Z, „mußte sich wegen Hausfriedensbruch vor Gericht verantworten“.

KLEINERT: Das ist ja schlimm.

EBERMANN: Korrigieren muß man, daß Langer nicht mein Deckname, sondern mein Spitzname ist. Das hat ersichtlich mit der Körpergröße zu tun. Ansonsten bin ich sowieso der Meinung, daß die meisten nicht vorbestraften Grünen nur nicht entdeckt wurden, daß also alles noch viel schlimmer ist als in dieser Broschüre.

SPIEGEL: Gehören Sie zu den Unentdeckten, Herr Kleinert?

KLEINERT: Mir ist es gelungen, Zeiten stürmischer Anfechtungen von allen Seiten unbeschadet zu überstehen, was juristische Sanktionen und dergleichen anbelangt.

EBERMANN: Das angesprochene Ding war eine ganz offen betriebene Hausbesetzung. Ich mußte als Strafe irgendwas an die Bergwacht raustun. Sonst schmeiße ich nur noch regelmäßig Cola-Dosen in den Wald, mache meinen Ölwechsel auf Feldwegen und bin Päd-erast, selbstverständlich.

SPIEGEL: Das war also der kriminelle Teil. Nun wird in der Broschüre auch noch Ihre zweifelhafte politische Biographie beschrieben: Sie wollten nach dem „Konzept der Blockbildung“ die Grünen kommunistisch unterwandern, und als Redner sind Sie auf dem DKP-Parteitag aufgetreten.

EBERMANN: Ich bin beruhigt, daß ich da wieder in der Kartei drin bin, denn vor einiger Zeit, in einer Fernsehsendung über Verfassungsfeinde, kam ich gar nicht vor. Das war eine schwere

\* Im Bonner SPIEGEL-Büro.